

Standortvorteil Sicherheit KMP-Diskussion mit der IHK und SPD-Politikern

Von Egon Manz



Keine Frage, unser hohes Sicherheitsniveau in dem hiesigen kriminalgeografischen Raum ist für den Wirtschaftsstandort der Metropolregion Rhein-Neckar von großer Bedeutung. Grund genug also, wegen den bereits erfolgten und noch geplanten Vollzugsstellenstreichungen sowie der

nach wie vor für die Polizei nicht beendeten Effizienzrendite mit der geplanten Streichung von 20 Prozent der Tarifstellen alle gewerkschaftspolitischen Kräfte zu mobilisieren.

Ich bin dem Kreisgruppenvorsitzenden der GdP Mannheim, Thomas Mohr, und dem Bezirksvorsitzenden des BDK Mannheim, Thomas Krohne, dankbar, dass sie gemeinsam mit der DPoIG in der Kooperation Mannheimer Polizeigewerkschaften neue Wege gehen, um die von der Politik geplanten weiteren Personalreduzierungen und die damit verbundenen negativen Auswirkungen für die Arbeit der Polizei zu verhindern.

Seit das wichtige Thema „Haushaltskonsolidierung“ absolute Priorität erreichte, wurde nicht nur die materielle und soziale Lebensgrundlage aller Landesbeschäftigten sukzessive eingeschränkt, auch den Personalkörper der gesamten Landesverwaltung hat man einem Schlankheitsprozess unterworfen, der sich insbesondere im Polizeibereich auch wegen dem hohen Durchschnittsalter als ungesund erweisen wird. Mit der scheuklappenhaft ausgerichteten Haushaltspolitik verschlechtern sich zunehmend die Voraussetzungen für den Erhalt des Sicherheitsniveaus.

Mit dem in der vergangenen Woche deshalb anberaumten Sondierungsgespräch galt es, anhand von Zahlen das bestehende und sich abzeichnende Dilemma am Beispiel des Polizeipräsidiums Mannheim mit seinen 1196 Vollzugsstellen zu beleuchten. Die Personalsituation ist gekennzeichnet durch 81 Kolleginnen und Kollegen mit eingeschränkter Dienstfähigkeit, die sie zumeist im Dienst „erworben“ haben, 50 Kolleginnen und Kollegen sind wegen ihres Studiums für den Aufstieg in den gehobenen oder höheren Poli-

zeivollzugsdienst abwesend, 60 Kolleginnen oder Kollegen befinden sich in Erziehungsurlaub, 3 bis 7 Kollegen sind ständig wegen Auslandseinsätzen abwesend und das übers Jahr entstehende Potenzial von bedauerlicherweise erkrankten Kolleginnen und Kollegen bedeuten umgerechnet den Verlust von etwa 100 Vollzugsstellen. Rechnet man die durch Mindereinstellungen bereits spürbaren geplanten Stellenreduzierungen im Vollzugsbereich hinzu, was in den nächsten Jahren etwa 30 – 35 Stellen ausmacht und berücksichtigt im Rahmen der zu erbringenden Effizienzrendite von 20 Prozent den Verlust von etwa 32 Nichtvollzugsstellen, was die Beschäftigung von 32 Polizeivollzugsbeamten mit polizeiinadäquaten Tätigkeiten bedeutet, so muss diese zentrale Dienststelle in der Metropolregion künftig einen Gesamtpersonalverlust von fast 350 bis 400 Polizeibeamten verkraften. Polizeidirektor Thomas Köber, der in Vertretung des Polizeipräsidenten an dem Gespräch teilgenommen hatte, wollte nicht dramatisieren und räumte aber ein, man sei an der Schmerzgrenze angelangt, wo es weh tue“.

Dasselbe Problem können wir allerdings in einer ähnlichen Dimension bei der Polizeidirektion Heidelberg feststellen. Wenn wir nun den personellen Rückzug der Bundespolizei in Mannheim und den Personalabbau bei der Polizei in Südhessen berücksichtigen (über eventuelle Personalreduzierungen beim Polizeipräsidium Rhenpfalz ist derzeit noch nichts bekannt), ergibt sich ein über die Ländergrenzen hinausgehendes polizeiliches Vakuum, das zu diskutieren sich allemal lohnen wird.

„Wir brauchen Sicherheit mit festen Strukturen“, sagte Stadtrat Roland Weiß in dem Sondierungsgespräch. Daran bestünde ein großes Interesse seitens der SPD. Der Bundestagsabgeordnete für Mannheim, Lothar Mark, sorgte für Aufbruchstimmung: „Wir alle, Politik Führung, Wirtschaft und Polizeigewerkschaften müssen dafür kämpfen, dass im Land und speziell in Mannheim Sicherheit wieder einen höheren Stellenwert bekommt.“ Er sei froh dass diese Runde zusammengekommen ist. Immer wieder stelle er krasse Unterschiede zwischen Reden und handeln fest. Man müsse auch die Schnittmenge der Tätigkeiten zwischen der Polizei und dem kommunalen Ordnungsdienst untersuchen. Er habe den Eindruck, der KOD könne der Polizei weit aus mehr Arbeit im ordnungspolizeilichen Bereich abnehmen, als dies bisher geschehe.

Was die Bundespolizeipräsenz in Mannheim anbelangt, so machte deren gewerkschaftspolitischer Vertreter Michael Köster keinen Hehl daraus, dass sich der Personalbestand von derzeit 110 Polizeibeamten auf 70 reduzieren wird. Zudem sei geplant, die Ermittlungstätigkeiten entgegen der ursprünglichen Absicht künftig nicht von Mannheim nach Stuttgart zu verlagern, sondern sie sollen von Karlsruhe aus geführt werden. Eine neue polizeiliche Wortschöpfung tut sich auf: „bundespolizeiliche Fernermittlung“.

Thomas Mohr dazu: „Mit den Personalstrukturellen Änderungen bei der Bundespolizei werden 9 Jahre Sicherheitskooperation in Frage gestellt.“

Lothar Mark zu den Reorganisationsabsichten des BMI: „Der Bund zerschlägt die bundespolizeilichen Strukturen in Mannheim und lässt dabei die über die Ländergrenzen zusammenzufassenden kriminalgeografischen Gegebenheiten völlig außer acht.“

Was mir als DPoIG'ler sehr am Herzen liegt, ist der Erhalt akzeptabler Arbeitsbedingungen für alle Kolleginnen und Kollegen. Es darf nicht hingenommen werden, dass man auf deren Rücken die Haushaltspolitik fortsetzt. Es darf nicht sein, dass man die Polizei durch Personalmangel einem enormen Arbeitsdruck und inakzeptablen Arbeitszeitbedingungen aussetzt. Keine Minderung der Lebensqualität und Gefährdung der Gesundheit.

Ich bin mir sicher, die Metropolregion Rhein-Neckar wird sich solidarisieren und eine Wende in der mit der Haushaltskonsolidierung verbundenen Sicherheitspolitik des Landes in der Region und damit möglicherweise eine weitergehende Initialzündung herbeiführen.